

# **Tierschutzbeirat**

**Des Landes Rheinland-Pfalz**

[www.Tierschutzbeirat.de](http://www.Tierschutzbeirat.de)

## **J a h r e s b e r i c h t 2 0 0 3**

**Berichtszeitraum: 01.01.2003 – 31.12.2003**

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt 5 Sitzungen des Tierschutzbeirates statt, und zwar am

Montag , 10.02.2003, im Ministerium für Umwelt und Forsten in Mainz  
Mittwoch, 09.04.2003, in der Tierversuchsanlage der BASF, Ludwigshafen  
Mittwoch, 18.06.2003, im Ministerium für Umwelt und Forsten in Mainz  
Mittwoch, 10.09.2003, im Zoo Neuwied  
Mittwoch, 12.11.2003, im Ministerium für Umwelt und Forsten in Mainz

Zu den Sitzungsinhalten sowie zur Wahrnehmung sonstiger Termine durch den Vorsitzenden und andere Mitglieder des Tierschutzbeirates wird auf die nachfolgenden themenbezogenen Ausführungen verwiesen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

### **Verbandsklage Tierschutz**

Nach intensiver Beratung des Themas sprach sich der Tierschutzbeirat mit Schreiben vom 22.07.2003 an Frau Ministerin Conrad für die Einführung der Verbandsklage aus, wobei einer bundeseinheitlichen Regelung der Vorzug zu geben wäre.

Als Bereiche, die einer Klage zugänglich sein sollten, kämen die Normenkontrollklage, die Klage in diversen Genehmigungsverfahren, aber auch eine Untätigkeitsklage gegen Behörden in Betracht.

In ihrem umfangreichen Antwortschreiben vom 27.08.2003 zeigte sich die Ministerin offen für das Thema, wollte jedoch weder eine zustimmende noch eine ablehnende Festlegung zur Einführung der Verbandsklage treffen.

Unter Hinweis auf eine ganze Reihe von Defiziten im Umgang mit Tieren sowie auf ein bestehendes juristisches Ungleichgewicht in Verwaltungsverfahren („Es gibt einen Rechtsweg für weniger, aber keinen für mehr Tierschutz“) forderte der Vorsitzende in einem Gastkommentar in der Rhein-Zeitung vom 01.08.2003 die bundesweite Einführung der Verbandsklage.

Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesverbandes „Menschen für Tierrechte“ und unter Beteiligung namhafter Juristen (u.a. Dr. Eisenhart von Loeper, Prof. Wolfgang Karnowsky) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die mit dem Thema Verbandsklage im Zusammenhang stehenden Sach- und Rechtsfragen zu klären und die Einführung bis zur Stufe eines Gesetzentwurfs vorzubereiten. Der Vorsitzende des Tierschutzbeirates Rheinland-Pfalz wurde in diese Arbeitsgruppe berufen, die am 10.01.2004 ihre Arbeit aufnehmen wird.

### **Schweinehaltung**

Das Thema war Gegenstand der Sitzung vom 18.06.2003. „Mehr Tierschutz für Schweine“ forderte der Tierschutzbeirat in einem Schreiben an Frau Ministerin Conrad vom 30.06.2003 und in einer Pressemitteilung einige Tage später. Die in der entsprechen-

den EU-Richtlinie festgelegten Mindeststallflächen seien völlig unzureichend, um dem Bewegungsbedürfnis Rechnung zu tragen. Dies müsse bei der Umsetzung in nationales Recht berücksichtigt werden.

Des Weiteren sei es an der Zeit, die Kastration von Eberferkeln ohne Narkose zu verbieten, zumal es inzwischen Alternativen gibt, etwa eine Art Impfung gegen den Ebergeruch oder die Jungebermast, bei der die Eber vor Erreichen der Altersgrenze geschlachtet werden.

### **Tierhaltung auf der Weide**

In einer Pressemitteilung vom 06.08.2003 wies der Tierschutzbeirat darauf hin, dass Pferde, Rinder und Schafe bei hohen Außentemperaturen unbedingt Schatten brauchen, am besten durch Laubbäume. Außerdem sei der Wasserbedarf sehr hoch, bei einer Kuh im Extremfall über 100 l pro Tier und Tag.

### **Tötung von Schafen bei Scrapie – Ansteckungsverdacht**

Anfang Mai wurde der Vorsitzende von einem amtstierärztlichen Kollegen darauf angesprochen, ob es seine Richtigkeit habe, dass in zwei rheinland-pfälzischen Herden insgesamt 979 Schafe wegen möglichen Kontakts mit einem aus Rheinland-Pfalz stammenden und in Hessen an Scrapie erkrankten Schaf getötet wurden.

Die Prüfung ergab, dass die Tötung rechtmäßig und wohl auch fachlich erforderlich war. Im Vorgriff auf eine im Oktober 2003 in Kraft tretende EG-Richtlinie (206/2003) wurden entgegen der geltenden Rechtslage nicht alle 1.870 Schafe getötet, sondern mittels Genotypisierung die Scrapie-empfindlichen Schafe ermittelt.

### **Pferde im Karnevalszug**

Im Vorfeld der Karnevalszeit nahm der Tierschutzbeirat auf Anfrage des SWR-Hörfunks sowie der Kreisverwaltung Mainz-Bingen zu dem Thema Stellung, welches bereits vor Jahren im Beirat erörtert wurde (siehe auch Internetseite [www.tierschutzbeirat.de](http://www.tierschutzbeirat.de)).

### **Ständerhaltung von Pferden**

Ende März 2003 äußerte der Vorsitzende in einem Interview mit SWR 3 („Treffpunkt im Grünen“) seine Ablehnung dieser Haltungsform, bei der die Bewegungsmöglichkeiten des „Lauftieres“ Pferd praktisch auf Null reduziert werden.

In der v.g. Sendereihe war übrigens am 11.02.2003 über die Arbeit des Tierschutzbeirates berichtet worden.

## **10. Vieh- und Fleischtag, LVAV Neumühle**

An der Veranstaltung am 06.03.2003, bei der u.a. ein Vortrag von Frau Ministerin Conrad sowie die Preisverleihung des Landeswettbewerbs „Tiergerechte Haltung“ auf dem Programm standen, nahm der Vorstand des Tierschutzbeirates teil und hatte Gelegenheit, in den Arbeitskreisen Schweineproduktion bzw. Pferdehaltung seine Auffassung einzu- bringen.

## **Schlachtung von Tieren**

Am 07.07.2003 nahm der Vorsitzende in Bonn an einem Workshop „Tierschutz bei der Schlachtung“, veranstaltet vom Verband der Fleischwirtschaft, teil. Es ging hier insbesondere um die CO<sub>2</sub>-Betäubung für Schweine und die Elektrobetäubung beim Rind.

## **Legehennen-Käfighaltung**

Bestrebungen, das Verbot der Käfighaltung zu lockern bzw. ganz aufzuheben, ist nach Auffassung des Tierschutzbeirates eine klare Absage zu erteilen. Mit Schreiben vom 20.11.2003 an Herrn Ministerpräsident Kurt Beck unterstützte der Beirat die Haltung der Landesregierung in puncto Absenkung der Normen und Verlängerung der Übergangs- fristen. Ebenfalls am 20.11.2003 erging eine Pressemitteilung des Tierschutzbeirates mit gleichem Tenor.

## **Anhörung der SPD-Fraktion zum Thema Tierschutz**

Frau Monika Arnold, die stellvertretende Vorsitzende des Tierschutzbeirates, nahm an einem am 22.01.2003 stattfindenden Gespräch beim Arbeitskreis Umwelt und Forsten teil. Themen waren u.a. Schächten, Tiertransporte, gefährliche Hunde sowie die geplante Tierauffangstation im pfälzischen Maßweiler.

## **Zirkustiere**

Als Ergebnis der Beratungen im Beirat erging am 06.03.2003 ein Schreiben an Frau Ministerin Conrad mit folgenden Empfehlungen:

1. Schaffung einer zentralen Sammelstelle im Lande für Informationen über Mängel in Zirkusbetrieben und getroffene Maßnahmen.
2. Unterstützung von Bestrebungen, die Verwendung bestimmter Tierarten im Zirkus zu verbieten.

Die Stellungnahme der Ministerin zu beiden Punkten war positiv, eine Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten einer Datensammlung wurde zugesagt.

Das weitere Schicksal der Bundesratsinitiative des Landes Hessen zum Verbot bestimmter Zirkustiere ist durch die intensive Berichterstattung hinlänglich bekannt.

### **Umwelt- und Naturschutztag im Zoo Landau**

Bei der Veranstaltung am Sonntag, 06. Juli 2003, von 11.00 – 17.00 Uhr war der Tierschutzbeirat mit einem Info-Stand vertreten. Die zahlreichen Zoobesucher hatten Gelegenheit, sich anhand einer Pinnwand über die Arbeit des Beirates kundig zu machen und zu verschiedensten Themen Informationsblätter mitzunehmen.

Darüber hinaus ergab sich manche Diskussion, etwa über das Schächten, „Kampfhunde“ oder die Jagd auf Rabenvögel und Kormorane.

### **Filmfestival „Naturale“**

Im Rahmen der festlichen Preisverleihung am Sonntag, 25.05.2003, übergab der Vorsitzende im Beisein des Jury-Mitglieds Frau Arnold den Sonderpreis des Tierschutzbeirates an Frau Beate Heitger für ihren Beitrag „Mitgeschöpflichkeit“, ein Film über tiergerechte Methoden in der Schweinehaltung.

### **Tierschutzpreis des Landes Rheinland-Pfalz**

An der öffentlichen Verleihung des Tierschutzpreises 2003 durch Frau Ministerin Conrad am 16.12.2003 nahmen seitens des Tierschutzbeirates die Jury-Mitglieder Heike Krebs und Norbert Leicher teil.

### **Gefährliche Hunde**

Um dieses Thema, welches sich wie ein roter Faden durch die bisherige Arbeit des Tierschutzbeirates zieht, ist es in der Öffentlichkeit ruhiger geworden. Gleichwohl gilt es, die Entwicklungen, welche sich in Administration und Rechtsprechung vollziehen, im Auge zu behalten und ggf. darauf zu reagieren. So hatte der Vorsitzende im Laufe des Jahres mehrere Gespräche mit der zuständigen Referentin im Ministerium des Innern und für Sport (ISM).

Die dortigen Bestrebungen, eine generelle Anleinplicht für Hunde innerhalb von Städten und Gemeinden einzuführen, werden offenbar nicht weiterverfolgt.

Die Vereinbarkeit der rheinland-pfälzischen Gefahrenabwehrverordnung mit dem Grundgesetz wird voraussichtlich Anfang 2004 vom Bundesverfassungsgericht geprüft.

Leider noch nicht völlig gebrochen ist die Tendenz bei den Kommunen, sogenannte Kampfhundesteuern in astronomischer Höhe zu erlassen, mit denen überhaupt keine Probleme gelöst, aber welche geschaffen werden. Ein Bericht der Rhein-Zeitung vom 16.01.2003, einen VG-Beschluss zur Hundesteuersatzung der Stadt Mainz betreffend, veranlasste den Vorsitzenden zu einem Leserbrief.

### **Katzenelend**

In einer Pressemitteilung vom 01.12.2003 appellierte der Tierschutzbeirat an Katzenbesitzer, ihre Katzen kastrieren zu lassen, um dem Herumstreunen, der gegenseitigen Ansteckung mit Krankheitserregern und dem Überfahrenwerden überzähliger Katzen vorzubeugen.

### **EU-Chemikalienverordnung**

Die im Entwurf vorliegende REACH-Verordnung der EU (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) wurde insbesondere in der 2. Oktoberhälfte 2003 intensiv öffentlich diskutiert, wobei es vor allem um die finanzielle Belastung der Wirtschaft und die Gefährdung von Arbeitsplätzen ging, nicht jedoch um den Tierschutzaspekt. In einer Pressemitteilung vom 30.10.2003 wies der Tierschutzbeirat darauf hin, dass die Umsetzung des Entwurfs das Leiden und Sterben von ca. 12 Millionen Versuchstieren bedeuten würde. Abgesehen von der grundsätzlichen Problematik der Aussagekraft von Tierversuchen für die Spezies Mensch seien die Versuche auch deshalb weitgehend unsinnig, weil die Gesundheitsschädlichkeit zahlreicher Chemikalien ohnehin außer Frage steht.

### **Bundesjagdgesetz**

„Die Novellierung des Bundesjagdgesetzes – die Jagd vor dem Aus oder Chance für die Zukunft“ war das Thema eines Kolloquiums des Ökologischen Jagdverbandes Rheinland-Pfalz am 11.10.2003 in Wissen, an dem der Vorstand des Tierschutzbeirates teilnahm.

Im Vorfeld der geplanten Vorlage eines Referentenentwurfs durch das BMV äußerten Vertreter der beiden Jagdverbände, der Kommunen, des Naturschutzes sowie des Ministeriums für Umwelt und Forsten ihre Erwartungen an die Novelle.

Tierschutzaspekte, die in den Vorträgen und der Diskussion angesprochen wurden, waren u.a. Wildfolgevereinbarungen, Verkürzung der Jagdzeiten, Jagd auf Rabenvögel und Kormorane sowie Abschuss von Hunden und Katzen.

### **Rehkitze**

„Hände weg von Rehkitzen“ war die Überschrift einer Pressemitteilung des Tierschutzbeirates vom 23.04.2003. Nähere Informationen zu dem Thema unter [www.tierschutzbeirat.de](http://www.tierschutzbeirat.de).

### **Renaturierung von Wegen zum Schutz von Rotwild**

Die Sperrung von Wanderwegen auf der Montabaurer Höhe sorgte im Frühjahr 2003 für öffentliche Aufregung und auch zu einer „Petition“ von 13 Befürwortern der Maßnahme an den Tierschutzbeirat, der hierzu wie folgt Stellung nahm: Maßnahmen, die dem Rotwild größere Ruhezeiten schaffen und damit einen weitgehend natürlichen Äsungsrythmus ermöglichen, sind grundsätzlich zu begrüßen. Im vorliegenden Fall haperte es aber an einer vorherigen Information der Öffentlichkeit zur Schaffung von Akzeptanz, zumal ein stark frequentierter Weg zu einem attraktiven Wanderziel (Landeshuber Weiher) betroffen war.

### **Frischlingsfallen**

Mit den Voraussetzungen für den Einsatz von Frischlingsfallen und der Ausgestaltung der Fallen befasste sich der Beirat in seiner Sitzung am 09.04.2003 und nahm gegenüber dem Ministerium für Umwelt und Forsten hierzu Stellung.

Die Internetseite des Tierschutzbeirates wurde um ein Kapitel zu diesem Thema erweitert.

### **Sky Beamer**

Anlässlich der Festveranstaltung „Weltkulturerbe Mittelrhein“ am 20.09.2003 wurde sowohl in Bingen als auch gegenüber in Rüdesheim Sky Beamer aufgestellt, die gemeinsam das Eingangstor zum Weltkulturerbe-Abschnitt symbolisieren sollten.

Eine telefonische Rückfrage des Vorsitzenden bei der Stadt Bingen ergab, dass

- die Lichter nur am 20.09. von 21.00 Uhr bis Mitternacht an waren,
- die Initiative für die Aktion von Rüdesheim ausgegangen war,
- man der Sache in Bingen eher skeptisch gegenübersteht und es bei der einmaligen Aktion belassen will.

Es sei aber nicht auszuschließen, dass die hessische Seite eine Inbetriebnahme am ersten Samstag im Juli bei der Großveranstaltung „Der Rhein im Feuerzauber“ vorschlagen wird.

Die Gesprächspartner beim Bau- und Verkehrsamt der Stadt Bingen wurden vom Vorsitzenden auf die Tierschutzproblematik hingewiesen, der hessische Tierschutzbeirat wurde informiert.

### **Novellierung des Landespflegegesetzes**

Der Tierschutzbeirat nahm Stellung zum Gesetzentwurf der Landesregierung (Stand 02.07.2003), insbesondere die geplante Umsetzung der Zoo-Richtlinie betreffend.

### **Bejagung von Elster und Rabenkrähe**

Ein Gutachten zur Abwehr von Vögeln in der Landwirtschaft, erstellt durch zwei Diplombiologen im Auftrag der Staatlichen Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, wurde vom Vorsitzenden ausgewertet.

Fazit: Es ergeben sich keine neuen Gesichtspunkte, welche die Bejagung der Rabenvögel rechtfertigen.

### **Kormorane**

Die „Rheinpfalz“ druckte in ihrer Sonntagsausgabe vom 11.04.2003 eine Stellungnahme des Tierschutzbeirates zur Problematik von Vergrämungsmaßnahmen ab.

Auf zwei Veranstaltungen Anfang Oktober in Koblenz bzw. Trier, bei denen fachliche Aspekte des Kormoranabschlusses an der Ahr bzw. der Nister erörtert wurden, vertrat Frau Arnold den Tierschutzbeirat.

Wo Abschüsse aus Gründen des Artenschutzes (u.a. Lachs) unvermeidbar erscheinen, sollte nach Auffassung des Tierschutzbeirates mit dieser Maßnahme eine gründliche Untersuchung über die Auswirkungen des Abschusses auf den Kormoranbestand und die Fischpopulation einhergehen.

Das Thema war auch Gegenstand der letzten Beiratssitzung des Jahres 2003 und soll in der ersten Sitzung 2004 nochmals erörtert werden. Es zeichnet sich ab, dass eine Reihe von Mitgliedern den Abschuss unter allen Umständen ablehnen.

### **Zusammenarbeit der Tierschutzbeiräte**

Auf Einladung des Hessischen Tierschutzbeirates nahm der Vorsitzende am 01.10.2003 an einer dortigen Sitzung im Hessischen Umweltministerium in Wiesbaden teil.

Ein Tagesordnungspunkt war die Intensivierung der Zusammenarbeit aller Beiräte sowie speziell zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz. Hessen hat kein Problem mit der Einladung externer Beiratsmitglieder, da diese – ggf. zu mehreren oder allen TOPs – als Sachverständige fungieren könnten.

Als Gesprächsergebnis für eine „globale“ Zusammenarbeit ist festzuhalten, dass Frau Dr. Gothe, stv. Vorsitzende Hessen, einen e-mail-Verteiler aufstellt und Mitteilungen aus Hessen, aber auch aus anderen Bundesländern, weitergibt.

Der Tierschutzbeirat Rheinland-Pfalz strebt eine Änderung seiner Geschäftsordnung an, mit der es dem Vorsitzenden in Einzelfällen möglich sein soll, Beiratsmitglieder aus anderen Bundesländern einzuladen.

### **Internetseite des Tierschutzbeirates**

Die „Homepage“ [www.tierschutzbeirat.de](http://www.tierschutzbeirat.de) wurde auch im abgelaufenen Jahr erweitert und um aktuelle Themen ergänzt. Des Weiteren findet man dort seit kurzem die neuesten Pressemitteilungen des Tierschutzbeirates.



### **Einzelfälle**

Obwohl es eigentlich nicht seine Aufgabe ist, kam der Beirat auch im Jahr 2003 nicht umhin, sich um tierschutzrechtliche Einzelfälle zu kümmern. U.a. ging es um den Verdacht von chirurgischen „Verschönerungen“ von Rassekaninchen, um die Tötung von Enten auf einem städtischen Weiher und um die behördliche Schließung einer Hundepension.

- Ende des Berichts -

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Helmut Stadtfeld  
Vorsitzender des Tierschutzbeirates Rheinland-Pfalz